

Justiz

Was ein teurer Polterabend! Warum die VG Wittlich-Land auf den Kosten für ihren Giftschlamm sitzen bleibt

12. Oktober 2021 um 13:06 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Foto: picture-alliance / dpa/Bernd_Hanselmann

Trier/Wittlich. Es zweifelt zwar niemand daran, dass von der Airbase Spangdahlem gefährliche Schadstoffe in die Umwelt gelangen – dennoch hat die Verbandsgemeinde Wittlich-Land den Prozess vorm Trierer Landgericht nun verloren. Unter anderem wegen einer Schaum-Party. Zahlen müssen die Bürger.

Von Katharina De Mos

Chefreporterin

Obwohl es völlig unstrittig ist, dass gefährliche „Ewigkeits-Chemikalien“ der Airbase Spangdahlem aus ihren Weg in Bäche, Teiche und Kanäle finden, ist die Verbandsgemeinde (VG) Wittlich-Land mit ihrer Schadensersatzklage vor dem Trierer Landgericht am Dienstag gescheitert. Sie bleibt auf ihrem Schaden sitzen und muss zudem die Prozesskosten tragen – und das werden auch die in der VG lebenden Bürger finanziell zu spüren bekommen.

Wieso die Airbase und die Verbandsgemeinde vor Gericht standen

Die Kommune hatte Schadensersatz von der Bundesrepublik gefordert, die die US-Streitkräfte vor Gericht vertritt. Der Grund für die Klage: Weil das Binsfelder Abwasser mit gesundheitsschädlichen Chemikalien verunreinigt ist, muss die Gemeinde ihren Klärschlamm verbrennen lassen. Und das kostet deutlich mehr Geld, als ihn an Bauern abzugeben, die ihn als Dünger auf Feldern ausbringen.

LESEN SIE AUCH



Justiz

Gift von der Airbase – Zwölf Umweltverbände appellieren: Tut endlich was!



Giftschlamm

Die Schadstoffe kommen zwar von der Airbase Spangdahlem ...

Bekannt und berüchtigt sind die krebserregenden Stoffe unter den Abkürzungen PFT, PFC oder international: PFAS. Man findet sie unter anderem in Regenkleidung oder Anti-Haft-Beschichtungen. Jahrzehntlang waren sie aber auch Bestandteil von Löschschaum, der auf der Airbase Spangdahlem bei Übungen in großen Mengen versprüht wurde.

Bis 2017 hatte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für ihren Nato-Partner USA anstandslos Schadensersatz gezahlt – insgesamt 460 000 Euro. Doch dann weigerte die Behörde sich und verwies plötzlich darauf, dass die Verantwortlichkeit der US-Streitkräfte nicht hinreichend geklärt sei. 123 000 Euro Schaden blieben über die Jahre so unbeglichen.

Gutachten deckt auf: Nicht nur die Airbase vergiftet die Kanalisation

Ein im Laufe des Prozesses beantragtes Gutachten hatte zwar eindeutig gezeigt, dass mit Schadstoffen belastetes Wasser von der Airbase Spangdahlem in die Binsfelder Kanalisation gelangt. Allerdings hatte es auch zutage gefördert, dass es in Binsfeld noch weitere PFAS-Quellen gab: Rund um ein Feuerwehrhaus und da, wo die Feuerwehr vor Jahren bei einem Polterabend einen dekorativen Schaumteppich ausgelegt hatte. Eine Party, die die Menschen der Verbandsgemeinde Wittlich-Land nun teuer zu stehen kommt. Denn da die Kommune weder die 123 000 Euro zurückbekommt und allein das Gutachten 40 000 Euro gekostet hat, werden die Abwassergebühren wohl demnächst steigen.

Wieso die VG Wittlich-Land den Prozess verloren hat

Richterin Judith Selbach erläutert ihr Urteil an einem ungewöhnlichen Ort. Nicht im Gerichtssaal, sondern in einem Flur des Landgerichts trifft sie auf die wartende Leiterin der klagenden Verbandsgemeindewerke, Annegret Heinz, auf zwei Journalistinnen und zwei Umweltschützer.

Dort begründet sie ihr Urteil damit, dass zu 100 Prozent feststehen müsse, wo genau die Schadstoffe im betroffenen Zeitraum zwischen 2016 und 2017 herkamen. „Und das tut es nicht“, sagt sie. Der Gutachter hatte betont, dass es nicht möglich sei, herauszufinden, wie viele der Schadstoffe von der Airbase kommen und wie viele aus dem Ort selbst.

Zudem sei es möglich, dass der belastete Löschschaum bereits vor 2006 versprüht wurde. Und damals galten diese Stoffe noch gar nicht als wassergefährdend.

Umweltschützer sind über das Urteil empört

„Das ist doch ein Unding“, fällt Hans-Joachim Spang der Richterin ins Wort. Der Umweltschützer aus Welschbillig ist empört. „Ich werde hier nicht mein Urteil mit Ihnen diskutieren“, entgegnet die Juristin.

LESEN SIE AUCH




Umwelt

Airbase-Streit: Kläger haben gute Aussichten

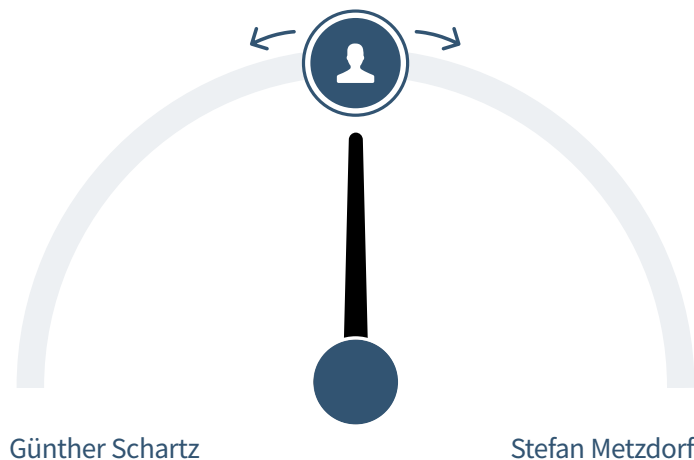
Annegret Heinz ist enttäuscht. 2019 hatte zu Prozessbeginn alles noch gut ausgesehen für die Klägerin. Eine andere, damals noch für den Fall zuständige Richterin, hatte bekundet, dass ihr die Argumentation der VG einleuchte.

„Das ist eine Katastrophe“, sagt BUND-Sprecherin Agnes Tillmann-Steinbuß zu dem Urteil. Mit gesundem Menschenverstand sei das nicht nachvollziehbar. „Dieser Prozess war bundesweit der wichtigste Schadensersatzprozess wegen PFT“, betont sie. Auch, weil die Chancen gut standen. Schließlich hatte die Bundesrepublik für die Amerikaner bereits rund eine halbe Million Euro Schadensersatz geleistet. „Hier waren die besten Voraussetzungen, um eine Grundsatzentscheidung für die betroffenen Menschen zu fällen“, sagt die Umweltschützerin enttäuscht.

Von der Bundesanstalt war am Dienstag niemand vor Ort. Einen Vergleich hatte die Behörde schon deswegen strikt abgelehnt, da es noch zahlreiche weitere Klagen gibt, die für den deutschen Steuerzahler teuer werden könnten. Selbst wenn die USA voll für die Schäden verantwortlich wären, kann sich Deutschland gemäß Nato-Truppenstatut höchstens 75 Prozent des Geldes zurückholen.

LIVE ABSTIMMUNG  1.987 MAL ABGESTIMMT

Günther Schartz oder Stefan Metzdorf: Wer wird Landrat in Trier-Saarburg?



volksfreund



Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Kommune wird nun prüfen, ob sie in Berufung geht – oder die Kosten gleich auf die Bürger umlegt. Aber was ist mit den Feuerwehrleuten, die beim Polterabend den giftigen Schaumteppich ausgelegt haben? Das sei schon eine ganze Weile her, sagt Heinz. Bisher habe man nicht in Betracht gezogen, sie zur Verantwortung zu ziehen.